

## Kurzfassung der WSI-Studie zur Tarifbindung in Brandenburg, Kommentierung DGB

Pressekonferenz zur Vorstellung der Ergebnisse am 22. April 2024 in Potsdam

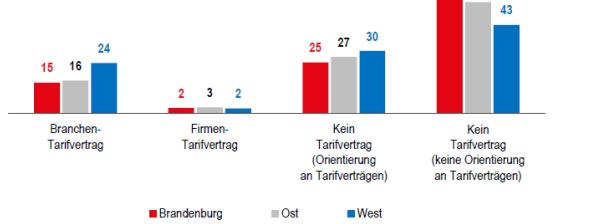
22.04.2024

## Tarifbindung stärken: Anforderungen an die Brandenburger Politik

### 1 Tarifvertrag ist MehrWert

1.000 Euro – so groß ist der Unterschied in Brandenburg durchschnittlich zwischen Tariflöhnen und Nicht-Tariflöhnen. Doch weniger als die Hälfte der Brandenburger Beschäftigten bekommen Tariflohn. Nur noch eine kleine Minderheit, weniger als ein Fünftel der Betriebe, zahlt Tarif.

Abb. 2.8: Tarifbindung der Betriebe in Brandenburg, Ost- und Westdeutschland (2022)  
Angaben in Prozent



Anmerkung: Ostdeutschland inklusive Berlin.  
Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des IAB-Betriebspansels

WSI

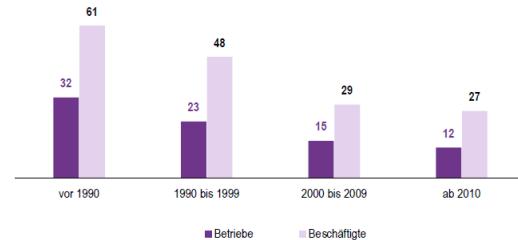
Das sind einige der zentralen Ergebnisse der Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) zur Tarifbindung, die der DGB in Auftrag gegeben hat.

Die Studie untersucht zum einen die Frage, was die schwache Tarifbindung in Brandenburg für die Beschäftigten und ihre Familien bedeutet. Zum anderen fragt sie nach den Gründen für den Rückgang der Tarifbindung und benennt Handlungsmöglichkeiten der Landesregierung, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

Die Autoren beschreiben eine beunruhigende Tendenz: „Während immerhin noch 32 Prozent der vor 1990 gegründete Betriebe tarifgebunden sind, sind es unter den seit 2010 gegründeten Betrieben

lediglich zwölf Prozent.“ Gleichzeitig beschreiben sie aber auch Erfolge der Gewerkschaften. So ist 2023 die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder in Brandenburg mit mehr als 10.000 Neueintritten gestiegen und in einigen Betrieben die Rückkehr in die Tarifbindung erkämpft worden.

Abb. 2.11: Tarifbindung der Betriebe und Beschäftigten in Brandenburg nach dem Gründungsjahr der Betriebe (2022)  
Angaben in Prozent



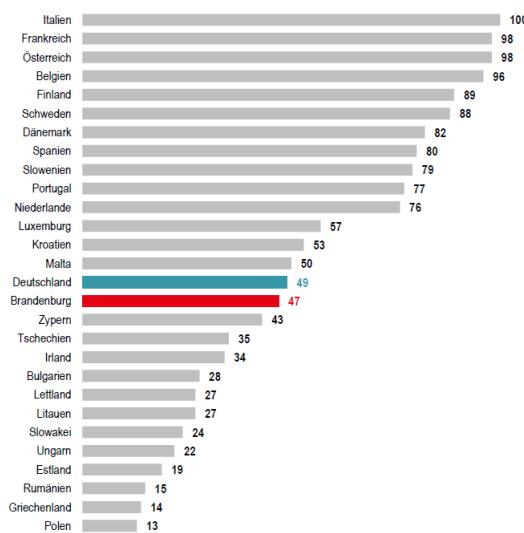
Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des IAB-Betriebspansels

WSI

### 2 Tarifbindung stärken durch gute politische Rahmenbedingungen

Brandenburg weist wie Deutschland insgesamt im europäischen Vergleich keine sehr hohe Tarifbindung auf. In 14 von 27 EU-Staaten liegt die Tarifbindung höher als in Brandenburg. Acht Staaten erfüllen derzeit die in der Europäischen Mindestlohnrichtlinie formulierte Zielmarke einer Tarifbindung von 80 Prozent.

Abb. 2.14: Tarifbindung in der Europäischen Union\*  
Angaben in Prozent



\*2014 – 2022 jeweils der aktuellste verfügbare Wert  
Quelle: OECD/AIAS ICTWSS Database, für Deutschland und Brandenburg: Verdiensterhebung 2022



Auffallend ist, dass alle EU-Staaten mit einer sehr hohen Tarifbindung auf eine starke staatliche Unterstützung des Tarifvertragssystems setzen. Die Autoren benennen in ihrer Studie konkrete Handlungsfelder, in denen die Landesregierung für eine Erhöhung der Tarifbindung aktiv werden kann, damit auch für die andere Hälfte der Beschäftigten gilt: Gute Löhne, Gutes Leben in Brandenburg.

### 3 Tarifbindung stärken durch Vorbildfunktion

In ihrem Koalitionsvertrag von 2019 hatte sich die Landesregierung eindeutig dazu verpflichtet, „dafür [zu] sorgen, dass sich das Land für tarifliche Bezahlung in den Betrieben mit Landesbeteiligung einsetzt“. Tatsächlich ist dies aber nur bei etwas mehr als der Hälfte der Unternehmen der Fall. Keineswegs besser ist die Tarifbindung von Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung auf kommunaler Ebene.

Besonders negativ steht es um die Tarifbindung in der Landeshauptstadt Potsdam. Knapp zwei Drittel aller kommunalen Unternehmen in Potsdam sind tariflos. In Frankfurt (Oder) hat immerhin die Hälfte der Unternehmen einen Tarifvertrag, während in Cottbus mehr als drei Viertel aller Unternehmen tarifgebunden sind.

Tabelle 5.3: Anzahl der Eigenbetriebe, Eigengesellschaften und öffentlichen Beteiligungen mit und ohne Tarifbindung in Kreisen und Kommunen Brandenburgs

	Mit Tarifbindung	Ohne Tarifbindung
<b>Kommunen</b>		
Beeskow	2	0
Brandenburg (Stadt)	9	6
Cottbus	10	3
Eisenhüttenstadt	4	0
Frankfurt (Oder)	9	9
Fürstenwalde/Spree	3	3
Hohen Neuendorf	2	1
Neuruppin	3	1
Potsdam	6	11
Prenzlau	3	1
<b>Landkreise</b>		
Elbe-Elster	3	2
Teltow-Fläming	2	4
<b>Insgesamt</b>	<b>56</b>	<b>41</b>

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf der Grundlage der Angaben der Landkreise und Kommunen



Doch auch in Cottbus ist die Tarifbindung keine Selbstverständlichkeit. Erst Ende Januar 2024 verkündete der Oberbürgermeister der Stadt Cottbus, dass der Stadtwerkeverbund wieder den Flächentarifvertrag Versorgung (TV-V) anwenden wird. Dem vorausgegangen waren zahlreiche Proteste und Streiks der Beschäftigten, mit denen sie die mehrjährige Tariffüchtigkeit des Unternehmens beendet und zugleich ihre Arbeitsbedingungen deutlich verbessert haben.

Tabelle 5.2: Tarifbindung der Eigenbetriebe, Eigengesellschaften und öffentlichen Beteiligungen des Landes Brandenburg 2023

Unternehmen	Anteil des Landes	Tarifvertrag	Beschäftigte
<b>Mit Tarifbindung</b>			
Land Brandenburg Lotto GmbH	100,00 %	Tarifvertrag für öffentliche Banken Haustarifvertrag Spielbank	190
IHP GmbH Leibniz-Institut für innovative Mikroelektronik	100,00 %	Tarifverträge der öffentlichen Hand	357
Musikkultur Rheinsberg GmbH	75,10 %	TV-L	38
Brandenburgische Gesellschaft für Kultur und Geschichte GmbH	74,98 %	TV-L	44
Wirtschaftsförderung Land Brandenburg GmbH	74,93 %	TV-L	165
Investitionsbank des Landes Brandenburg	50,00 %	Tarifvertrag für öffentliche Banken	829
Flughafen Berlin Brandenburg GmbH	37,00 %	Haustarifverträge	2.050
<b>Ohne Tarifbindung</b>			
TMB Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH	59,00 %	Anlehnung an TV-L	50
Wirtschaftsregion Lausitz GmbH	54,55 %	Anlehnung an TV-L	15
MEAB - Markische Entsorgungsanlagen-Betriebsgesellschaft mbH	50,00 %	Regelungen außerhalb von Tarifverträgen	180
VBB-Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH	33,33 %	in Anlehnung an Tarifverträge der öffentlichen Hand	124
SBB-Sonderabfallgesellschaft Brandenburg/Berlin mbH	25,00 %	kein Tarifvertrag in Anwendung	36

Quelle: Landesregierung Brandenburg (2023)



Dass Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung tarifgebunden sind, sollte eigentlich selbstverständlich sein. Die Realität in Brandenburg, sei es auf

Landesebene oder auf kommunaler Ebene, sieht anders aus. Im Gegenteil, der Kommunale Arbeitgeberverband erlaubt sogar sogenannte OT-Mitgliedschaften, also „Ohne Tarif“.

Der DGB fordert von der Landesregierung und den Kommunen, dass sie ihre Vorbildfunktion wahrnehmen. Unternehmen im vollständigen oder teilweise öffentlichen Eigentum müssen tarifgebunden sein. OT-Mitgliedschaften haben besonders in einem öffentlichen Arbeitgeberverband nichts zu suchen.

## 4 Tarifbindung stärken durch Tariftreue

In Brandenburg werden pro Jahr öffentliche Aufträge im Wert von ca. 1,5 Mrd. Euro vergeben, ungefähr zwei Drittel von den Kommunen. Land und Kommunen haben somit eine erhebliche Marktmacht.

Tabelle 5.4: Öffentliche Aufträge in Brandenburg 2021

	Lieferleistungen		Dienstleistungen		Bauleistungen		Insgesamt	
	Offentl. Aufträge	Volumen in Mio. €						
Land	604	168,4	617	141,3	629	162,8	1.850	472,4
Kommunen	894	218,1	790	343,8	2.062	434,9	3.746	996,7
<b>Insgesamt</b>	<b>1.498</b>	<b>386,4</b>	<b>1.407</b>	<b>485,0</b>	<b>2.691</b>	<b>597,7</b>	<b>5.596</b>	<b>1.469,1</b>

Quelle: Statistisches Bundesamt, Genesis-Datenbank, Tabelle 79994-0100, eigene Berechnungen

WSI

Jeder öffentliche Auftrag, ob beim Bau oder beim Schulessen, kann nur einmal vergeben werden. Jeder öffentliche Auftrag an ein Unternehmen ohne Tarifbindung schwächt tarifgebundene Wettbewerber und damit die Tarifbindung insgesamt.

Immer mehr Bundesländer haben daher Tariftreue-Gesetze beschlossen. In Ländern wie Berlin, Thüringen und Sachsen-Anhalt werden Tarifverträge vorgeben, die für die öffentliche Auftragsvergabe in den jeweiligen Branchen maßgeblich sind.

Tabelle 5.5: Tariftreue- und Vergabegesetze in Deutschland

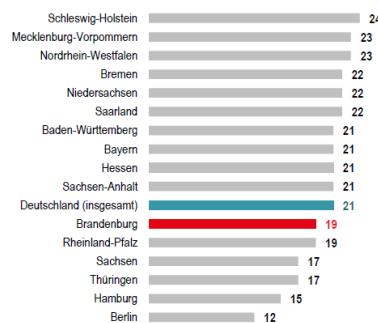
Regelung	Bundesländer
Umfassende Tariftreuevorgaben für alle Branchen (sechs Bundesländer)	Berlin, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Sachsen-Anhalt, Thüringen
Tariftreue nur für allgemeinverbindliche Tarifverträge und den Öffentlichen Nahverkehr (acht Bundesländer)	Baden-Württemberg, Brandenburg, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein
Keine Tariftreue (zwei Bundesländer)	Bayern Sachsen

Quelle: WSI-Tarifarchiv (Stand: 01.03.2024)

Auch in Brandenburg sollte nach dem Koalitionsvertrag von 2019 geprüft werden, ob eine „Tariftreueklausel ...zur Voraussetzung für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen“ gemacht werden könnte. Mit Verweis auf rechtliche Probleme gibt es ein solches Gesetz bis heute nicht. Das Berliner Vergabegesetz mit seiner Tariftreueklausel wird seit fast eineinhalb Jahren angewendet, ohne dass dagegen geklagt worden wäre.

Der DGB fordert deshalb von der Brandenburger Landesregierung, sich der Berliner Regelung anzuschließen. Damit gäbe es auch endlich einen einheitlichen Rechtsrahmen für die Wirtschaftsregion Berlin-Brandenburg.

Abb. 2.4: Tarifbindung der Betriebe nach Bundesländern (2022)  
Angaben in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt, Verdiensterhebung 2022, GENESIS Online-Datenbank Tabelle 62361-0521

WSI

Seit dem 1. Januar 2023 hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz erstmalig auch die Tarifbindung als Kriterium für Wirtschaftsförderung aufgenommen. Mecklenburg-Vorpommern räumt tarifgebundenen Unternehmen generell einen höheren Fördersatz ein und schließt außerdem größere Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten komplett von jeglicher Förderung aus, wenn diese Löhne und Gehälter unterhalb des Tarifniveaus zahlen.

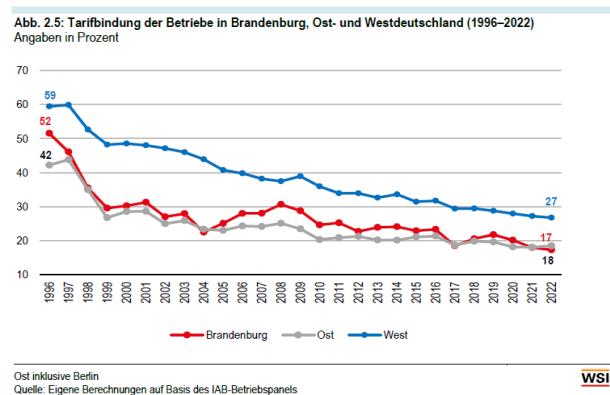
Der DGB fordert daher: Tariftreue auch in der Brandenburger Wirtschaftsförderung!

## 5 Tarifbindung stärken durch: Aktionsplan

Die Europäische Mindestlohnrichtlinie verlangt von allen EU-Mitgliedsstaaten, deren Tarifbindung unterhalb von 80 Prozent liegt, einen konkreten

Aktionsplan zur Stärkung des Tarifvertragssystem zu entwickeln. In einem föderalen System wie Deutschland sollte dies nicht allein vom Bund, sondern auch von den Ländern gemacht werden. Um den anhaltenden Erosionsprozess des Tarifvertragssystems zu stoppen, müssen die Länder zusammenarbeiten und aktiv für eine Stärkung der Tarifbindung eintreten.

Denn das zeigt die Studie des WSI sehr deutlich: Die Tarifbindung befindet sich nicht nur in Ostdeutschland, sondern bundesweit im Sinkflug.



Mit dem „Brandenburger Bündnis für Gute Arbeit“ besteht im Prinzip bereits heute ein institutioneller Rahmen, um mit Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und Landesregierung einen konkreten Aktionsplan für eine Stärkung der Tarifbindung in Brandenburg zu entwickeln. Dieser sollte eine Reihe von verbindlichen Maßnahmen enthalten.

Das wären zum einen die bereits erwähnten Maßnahmen wie die Überführung aller noch nicht tarifgebundenen öffentlichen Unternehmen und Beteiligungen in die Tarifbindung, die Einführung umfassender Tariftreuevorgaben ins Brandenburger Vergabegesetz nach Berliner Vorbild sowie die Ausdehnung solcher Tariftreuerelationen auf alle Zuwendungen und Maßnahmen der Wirtschaftsförderung. Weitere Maßnahmen zur Stärkung der Tarifbindung wären der Aufbau einer Arbeitskammer und eine Bundesratsinitiative zur Stärkung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen sowie die Abschaffung von OT-Mitgliedschaften in Arbeitgeberverbänden.